

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerei: Reichsdruckerei.
Verlags- und Anzeigen-Verwaltung: 25 241
Kurs für Reichsdruckerei: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 3.—, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 4.—.
Anzeigen-Preise. Die 10spaltige Zeile mit breiter Seite M. 9.—, außerhalb S. 11.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10spaltige Zeile und darüber M. 5.—, täglich. Sonntagspreise sind nach Vereinbarung. Einzelnummern M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 3.—.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Markstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Tisch & Reichardt in Dresden.
Telef.-Konto 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden=U. Prager Straße 23

Die Forderungen des Garantiekomitees.

Die Reichsregierung stimmt der Kontrollmaßnahme zu.

Berlin, 20. Juli. In Verlaufe des Vortages vom März, April und Mai des laufenden Jahres zwischen der Reparationskommission und der deutschen Regierung hat sich das Garantiekomitee am 20. Juni zu Beratungen mit der deutschen Regierung zum Studium der Fragen, die sich auf die Nachprüfung des Budgets (Einnahmen und Ausgaben), auf die Bekämpfung der Kapitalflucht und auf die Statistik beziehen, nach Berlin begeben. Für diese Beratungen wurden vier Untergruppen gebildet, und zwar je einer für Einnahmen, für Ausgaben, für Kapitalflucht und für Statistik.

Die Mitglieder des Garantiekomitees verhandelten mit den deutschen Vertretern in zahlreichen Sitzungen. In den Ausschüssen für Einnahmen und Ausgaben erteilte die deutsche Vertreter Auskunft über das Verfahren bei der Veranlagung und der Erhebung der verschiedenen Steuern, über die Aufstellung des Budgets und das Berechnungswesen, sowie über die Maßnahmen der Regierung zur Verhütung der Steuerhinterziehung und zur Bekämpfung von Einnahmehinterziehungen. Sie erklärten hierbei auch die im Haushaltsplan vorgesehene Ausgaben. Man verständigte sich darüber, daß die Vertreter des Garantiekomitees durch das Reichsfinanzministerium nach näherer Vereinbarung regelmäßige Informationen über Einnahmen und Ausgaben erhalten und daß ihnen die Möglichkeit gegeben werde, sich über die einschlägigen Bestimmungen und ihre Anwendung fortlaufend zu unterrichten.

Das Reichsfinanzministerium richtete einen zentralen beweglichen Kontrolldienst ein und wird dem Garantiekomitee die Möglichkeit geben, sich von Zeit zu Zeit von der Wirksamkeit dieses Kontrolldienstes zu überzeugen. In dem Unterstand für Kapitalflucht und ihre Bekämpfung wurden zunächst die bestehenden Bestimmungen darzulegen. Im Verlaufe der Erörterungen wurden die Grundzüge für weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht in den verschiedenen Formen, die sie annehmen kann, zu treffen. Das Garantiekomitee hat die Ergebnisse dieser Arbeiten in einem Memorandum zusammengestellt, das in der Schlusssitzung vom 18. Juli der deutschen Regierung überreicht wurde. Da Übermittlung darüber festgestellt worden war, daß keine der in dem Memorandum vorgesehene Maßnahmen die Souveränität des Reiches antastet und den geordneten Gang der deutschen Verwaltung stört oder das Geheimnis der deutschen Steuerpflichtigen verletzen dürfte, ließ die deutsche Regierung vorbehaltlich einer schriftlichen Beantwortung mitteilen, daß sie dem Inhalt dieses Memorandums beitrifft. (W. T. B.)

Die Note der Reparationskommission.

Paris, 20. Juli. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note:
„In Ausführung des Mandates, das ihm von der Reparationskommission und auf der Grundlage der zwischen ihr und der deutschen Regierung vom 1. März, 9. Mai und

31. Mai ausgetauschten Schreiben übertragen wurde, hat der Garantiekommitee sich am 17. Juni nach Berlin begeben, um in Verbindung mit den zuständigen deutschen Behörden die Organisation der über die Einnahmen, Ausgaben und die schwebenden Schulden auszuführenden Kontrolle zu prüfen, außerdem Vorkehrungen gegen die Kapitalflucht zu treffen, sowie die Frage hinsichtlich der Veröffentlichung der Statistik zu regeln. Diese verschiedenen Fragen sind vom Garantiekommitee und dem Sonderkommissionen, die der Garantiekommitee zu diesem Zwecke gebildet hatte, bearbeitet und die Ergebnisse der Verhandlungen in einer Reihe von Dokumenten niedergelegt worden, die der Garantiekommitee in einer Sitzung des Finanzministeriums am 18. Juli der deutschen Regierung übergeben hat. Der Finanzminister hat im Namen der deutschen Regierung erklärt, daß er mit den in den Dokumenten enthaltenen Bestimmungen einverstanden sei. Die in aller Form abgefaßte schriftliche Antwort werde dem Garantiekommitee unverzüglich zugehen, um der Reparationskommission seinen Bericht zu übergeben.“

Wie der „Temps“ meldet, wird der Bericht des Garantiekommitees wahrscheinlich vor nächsten Mittwoch nicht fertig sein. Jedoch glaubt das „Journal des Debats“, daß schon heute im Laufe des Nachmittags ein mündlicher Bericht seitens der Mitglieder des Garantiekommitees vor der Reparationskommission erfaßt werde. (W. T. B.)

Paris, 20. Juli. Ministerpräsident Poincaré hat heute vormittag den Präsidenten des Garantiekommitees Mauciere und den Finanzminister de Launay empfangen.

Aussichten auf eine Verständigung?

London, 20. Juli. Heute fand unter Lord George's Vorsitz eine Kabinettsitzung statt. Lord Ruff Gwynne zufolge wurde darin die Reparationsfrage erörtert. Das Kabinettschloß, die Aussichten auf eine Verständigung zwischen den Alliierten und Deutschland besser zu machen. Ungeachtet der allgemeinen Behauptungen der französischen Presse erkenne Frankreich an, daß Deutschland entweder ein Moratorium oder eine Kautelle erhalten müsse. (W. T. B.)

Ein mindestens zweijähriges Moratorium?

Berlin, 20. Juli. Wie die Deua berichtet, ist das Garantiekomitee der Ansicht, daß Deutschland ein mindestens zweijähriges Moratorium gewährt werden müsse, wenn eine Gesundung der finanziellen Verhältnisse eintreten solle. Das Garantiekomitee wird seinen Bericht in Paris in diesem Sinne erlassen, hat jedoch gleichzeitig der deutschen Regierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen nach seiner Ansicht das Restschuldmoratorium wie ein zweijähriges Moratorium bewilligt werden können.

Kein verjüngtes Moratorium.

Paris, 20. Juli. Wie die Havas-Agentur meldet, wird von der Reparationskommission die Nachricht der „Chicago Tribune“, Deutschland sei mit Zustimmung Frankreichs verjüngtes Moratorium von drei bis sechs Monaten für seine Verzinsungen bewilligt worden, für unrichtig erklärt. (W. T. B.)

Die Auswirkung der Schugbestimmungen.

Der Kampf gegen Fürsten- und Kriegsbilder.

Darmstadt, 20. Juli. Die Darmstadter Oberbehörden gibt folgenden Beschluß aus: Alle Bildwerke von Angehörigen der ehemaligen deutschen Fürstentümer sind aus den Räumen der Schulgebäude zu entfernen, sofern sie Personen darstellen, die noch nach 1870 gelebt haben, ebenso alle Bildwerke, die Kriegshelden aus der gleichen Epoche darstellen, sowie sämtliche Schlachtenbilder. Die Schulleiter haben diese Verordnung bis zum 31. August durchzuführen. An Stelle dieser Bildwerke sollen zum Schmuck der Schulen Bildwerke zur Veranschaulichung des deutschen Geistes und Kulturlebens oder Landschaftsbilder verwendet werden.

Heimar, 20. Juli. Das thüringische Staatsministerium hat angeordnet, daß an den öffentlichen Dienstgebäuden des Landes bis längstens 1. September die Wappzeichen des monarchischen Systems soweit ausnahmslos zu beseitigen sind, soweit in diesen Wappzeichen die Bezeichnungen großherzoglich, herzoglich oder fürstlich enthalten sind. Aus den Diensträumen sind etwa noch vorhandene Bilder von Angehörigen regierender Familien aus den letzten Generationen zu entfernen, ebenso Bildnisse oder Büsten von gegenrepublikanisch gestimmten Personen aus der neueren Zeit.

Kausfuchung bei Dr. Stadler.

Berlin, 20. Juli. Bei dem politischen Schriftsteller Dr. Eduard Stadler, dem Herausgeber des vor einigen Tagen verbotenen „Gewissens“, wurde am Mittwoch eine Kausfuchung vorgenommen, da Dr. Stadler verdächtigt worden war, mit geheimen Organisationen in Verbindung gestanden zu haben. Einige an ihn gerichtete Briefe und von ihm hergestellte Briefentwürfe wurden beschlagnahmt. Eine Verbindung mit geheimen Organisationen war aber aus diesem Briefwechsel nicht zu ersehen. Dr. Stadler ist vor allem durch seine Kritik der britischen Erfüllungspolitik hervorgetreten.

Die Kultusminister der Länder und der Schutz der Republik.

Berlin, 20. Juli. Auf Einladung des Reichsministeriums des Innern an die Unterrichtsminister der Länder fand am 19. Juli eine Besprechung über die Maßnahmen statt, die zum Schutz und zur inneren Festigung

der Republik von den Unterrichtsverwaltungen der Länder zu treffen sind. Die Richtlinien, die vom Reichsministerium des Innern vorgelegt wurden, fanden mit geringfügigen Abänderungen die Zustimmung der Konferenz. Sie betreffen sich einerseits auf die Ausgestaltung des staatsbürgerlichen Unterrichts, die Umgestaltung der Lehrpläne und die Ausbildung und Fortbildung der Lehrer aller Schulstufen, andererseits auf die Maßnahmen zur Schulordnung und Disziplin. Die Veröffentlichung dieser Richtlinien erfolgt demnächst. (W. T. B.)

Annahme der Schuggesetz im Reichstag.

(Dresdner Meldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 20. Juli. Der Reichstag stimmte heute den vom Reichstag beschlossenen Steuererlagen und den mit dem Schuge der Republik zusammenhängenden Gesetzen zu. Der Vertreter Bayerns erklärte, Bayern habe seinen Einspruch gegen das Gesetz zum Schuge der Republik, das Reichskriminalgesetz, das Innenstrafgesetz und das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schuge der Republik auch nach den von Reichstag beschlossenen Änderungen zurückgezogen. Von Vertretern anderer Länder wurde dieser Einspruch nicht unterstützt. Die Gesetze sind also rechtskräftig geworden.

Erholungsurlaub des Reichskanzlers.

Berlin, 20. Juli. Reichskanzler Dr. Brüch wird sich nach Beendigung der Verhandlungen im Auswärtigen Amt auf einem längeren Erholungsurlaub nach Süddeutschland begeben. (Da.)

Keine Ueberwachung des Kronprinzen Rupprecht.

Berlin, 20. Juli. Das Reichswehrministerium teilt mit: Der Vorwärts vom 20. Juli vormittags bringt unter „Bayrische Kritik“ die Meldung, daß ein Posten der republikanischen Reichswehr die Landhöfe von Rahr und des Kronprinzen Rupprecht bei Berchtesgaden bewache. Die Nachricht ist unzutreffend. (W. T. B.)
Kein Abbruch der Uebungen bayrischer Reichswehr-Truppen.

München, 20. Juli. Nach den „Münchn. Neuest. Nachr.“ ist die Meldung von der telegraphischen Rückberufung bayrischer Reichswehrkontingente unzutreffend. Es handelt sich darum, daß ein Teil der Uebungen beendet habe und auf dem Rückwege nach den Standorten sei; ein anderer Teil habe seine Uebungen noch zu Ende zu führen. Für eine Veränderung der Uebungspläne sei keinerlei Grund gegeben. (W. T. B.)

Freunde in der Not.

Während in der inneren Politik entscheidende Wandlungen teils eingetreten teils auf später verlagert sind, dauert der gefährliche und immer unerträglicher werdende Schwebzustand der äußeren Politik fort. Wie kann noch und wie er enden wird — wer vermag es zu sagen? Sicher ist, daß Deutschland die ihm auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllen kann. Diese Tatsache ist nunmehr den Kabinetten in London, Paris, Brüssel und Rom amtlich notifiziert. Andererseits liefern auch die neueren Reden der französischen Staatsmänner, die Haltung der Presse und die Anordnungen der Reparationskommission trotz allen schönen Redewendungen, aus denen gewisse deutsche Politiker und Publizisten bereits einen sich anbahnenden Umschwung der französischen Auffassung und Laune herauslesen, den deutlichen Beweis, daß Frankreich noch nicht daran denkt, in eine Revision des Versailler Vertrages einzutreten, sondern an diesem unabweisbaren Völkerwerkzeug mit seiner herrlichen Gewaltmächtigkeit festhält, die ihm seine Stellung als stärkste Weltmacht erlaubt. So sehr ist die französische Regierung bereits gewohnt, der deutschen Weisheit zu erweisen, daß sie ihre Forderungen stellt, ohne nach der Mäßigkeit der Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit auch nur zu fragen. So ist der Reichsregierung aufgegeben worden, Maßnahmen zu treffen, um den Banknotenumlauf zu begrenzen. Der finanzielle Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat einstimmig die Unmöglichkeit einer solchen Maßnahme in einer Zeit sprunghafter Marktsätze befunden und es abgelehnt, Vorschläge zu machen, weil sie durch die Macht der Zinsen, denen gegenüber Deutschland völlig wehrlos ist, sehr schnell zunichte werden könnten. Die Hoffnung ist also gering, daß etwa der bevorstehende Besuch Poincarés in London einen neuen, die Besetzung Friede verdienenden Abschnitt der Nachkriegspolitik einleitet, daß wir in absehbarer Zeit von dem Kleinewitz der Milliarden und der Reparationslasten befreit werden.

Trotzdem wollen und müssen wir unter in lächerlicher Sturz niedergeworfenes Vaterland, unter nach heldenmütiger Gegenwehr der Front und der Heimat aufkommendes Volk wieder aufrichten. Davon ist seit vier Jahren die Rede, aber erreicht ist bisher recht wenig und was erreicht wurde, ist durch innere Zerfleischung, äußere Bedrohung und Bedrückung, Soldatenelend und Terrorsatiristischem immer wieder zunichte geworden. An alledem wird sich so bald nichts ändern, selbst wenn Deutschland ein mehrjähriges Moratorium und unter erträglichen Bedingungen eine langfristige Anleihe erlangt. Darum ist es wohl ein schoner, hoher Gedanke, an s e i n e r s t r a j i die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen, die uns schon einmal den Aufstieg zur Großmacht ermöglicht hat und solchen Aufstieg allein ermöglichen kann. Aber nur ein in allen großen Fragen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Treibens einiges Volk, nur ein von dem Erfolg überzeugtes und von Zuversicht begehrtes Volk kann aus sich heraus die nötige Kraft aufbringen, um einen solchen Gedanken zu verwirklichen. Davon sind wir noch weit entfernt, ja, wenn die Reichen der Welt nicht trügen, in der das Schicksal der Weltartenhäuser die allgemeine Unsicherheit und Unentschiedenheit vertrat, vielleicht ebenso weit wie in den Anfängen der Staatsumwälzung, die keineswegs beendet, vielmehr in ein neues Stadium getreten ist.

Das Ziel unserer Arbeit steht unverrückbar und hoffentlich unerschütterlich fest. Der wirtschaftliche Wiederaufbau — nach Zerschlagung unserer äußeren Macht und angestrichelter unserer inneren Not und Zermürbung — ist die einzige Klammer, die die widerstrebenden Elemente zusammenhalten, den Zerfall des Reiches verhindern und die Freude am Reich, der das Bismarck bereits glaubt entzogen zu können, wieder zum Gemeingut der Nation machen kann.

Dazu sind positive Ergebnisse notwendig, die aus Schritt vor Schritt vorwärtsbringen und uns zunächst einmal den Weg erkennen lassen, der wieder aufwärts führt. Ein erster Anfang ist gemacht. Auf der Genua-Konferenz haben Deutschland und Sowjet-Rußland den Versuch der alliierten Mächte, Deutschland zu ignorieren und Rußland zu isolieren, um beide desto besser ausbeuten zu können, mit dem Rapallo-Abkommen beantwortet. Ueber den Wert des Abkommens gehen auch in Deutschland die Ansichten weit auseinander, und erst die Zukunft kann zeigen, inwieweit seine Bestimmungen den beiderseitigen Interessen entsprechen. Aber das ist, vor der Hand wenigstens, auch nicht das Wichtigste an dem Abkommen. Die Hauptsache ist, daß eine Verbindung mit Rußland, dem natürlichen Bestimmungsort und Bezugspunkt für die deutsche Wirtschaft, wiederhergestellt ist und daß beide Länder übereingekommen sind, den Kriegszustand endgültig zu beenden und die Bahn frei zu machen für die Tätigkeit und die Aufgaben, die nach dem namenlosen Unfall des Krieges vernünftigerweise von allen europäischen Völkern in Anbetracht genommen werden sollten. Dieser Gedanke war mit Recht in Deutschland ausschlaggebend für die Beurteilung des Abkommens. Alle Parteien hatten ihm zugestimmt, weil jede als Erlösung empfand, daß mit ihm in die Einheitsfront der Gegner Freisache gelegt ward, daß sich endlich ein Lichtblick zeigte in der vor aller Welt vollzogenen Bestätigung, daß Deutschland noch immer etwas zu bieten hat und von einem großen Volke, dem das deutsche Schwert schwere Wunden geschlagen hatte, wieder auf dem Wege voller Gleichberechtigung behandelt wird. Jedem ist zum Bewußtsein gebracht, daß Deutschland nicht mehr allein steht. Jeder sieht mit Genugtuung, daß gegenüber den schweren, vielfach unerfesslichen Verlusten, die die deutsche Wirtschaft